

II-12074 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 22. Dezember 1993
GZ: 10.101/426-X/A/5a/93

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

5443/AB

1993-12-27

zu 5570/13

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5570/J betreffend eines Lärm- und Sichtschutzes für den Handelskai (B 10) im 2. und 20. Wiener Gemeindebezirk, welche die Abgeordneten Dr. Schwimmer und Kollegen am 10. November 1993 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wie stehen Sie zu Maßnahmen, die die Umweltbelastung für die Anrainer am Handelskai reduzieren?

Antwort:

Ich bin der Auffassung, daß jede Art der Beeinträchtigung von Anrainern von Bundesstraßen, daher auch am Handelskai - nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen und finanziellen

Republik ÖsterreichDr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Möglichkeiten sowie unter Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen - minimiert werden sollte. Der Nationalrat hat in seiner EntschlieÙung vom 17. Juni 1993 zum Ausdruck gebracht, daß die Dienstanweisungen für den Lärmschutz im Bundesstraßenbau als vorbildlich und richtungweisend angesehen werden können. Es scheint dadurch dokumentiert, daß dem Wirtschaftsressort eine Reduzierung der Belastung für Anrainer an Bundesstraßen ein echtes Anliegen ist.

Punkte 2 bis 5 der Anfrage:

Welche Möglichkeiten gibt es und was kosten sie?

Ist technisch die Möglichkeit einer Überdachung des Handelskais möglich?

Gibt es dazu Gespräche oder Planungen mit dem Land Wien?

Wenn ja, wie stellt sich das Land Wien dazu?

Antwort:

Zunächst wird darauf hingewiesen, daß im Bereich Handelskai für Lärmschutzfenster bisher insgesamt rund 16 Mio. Schilling Förderungsmittel aufgewendet worden sind, für straÙenseitige Maßnahmen wurden bisher rund 12 Mio. Schilling ausgegeben.

Eine Überdachung des Handelskais ist grundsätzlich technisch möglich; diesbezügliche Überlegungen wurden von Seiten der Stadt Wien im Rahmen verschiedener Studien angestellt, aber nicht weiter verfolgt.

